



NIEDERSCHRIFT

17. Sitzung des Hauptausschusses des Rates der Stadt Alsdorf

Sitzungstermin:	Donnerstag, 21.03.2013
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:15 Uhr
Ort, Raum:	Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

Herrn Bürgermeister Alfred Sonders - Stadtverwaltung

Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion

Herr Stv. Franz-Bernd Mortimer - ABU-Fraktion

Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion

Herr Stv. Konrad Krämer - SPD-Fraktion

Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion

Herr Stv. Karl-Heinz Robert - SPD-Fraktion

Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch - SPD-Fraktion

Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion

Herr Stv. Roland Andreas Krichel - CDU-Fraktion

Vertretung für: Frau Stv. Wagner,
Ulrike

Herr Stv. Hubert Hennes - ABU-Fraktion

Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich - GRÜNE-Fraktion

Herr Stv. Heinrich Liska - FDP-Fraktion

Herr Stv. Dietmar Brühl - FWA-Fraktion

Herr Stv. Andreas Weber - REP-Fraktion

Herr Stv. Hartmut Knippschild - Fraktionsloses Ratsmitglied

Abwesend waren:

Frau Stv. Ulrike Wagner - CDU-Fraktion

entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
Vorlage: 2013/0001
2. Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2013/0002/1.1
3. Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2013/0003/1.1
4. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)
hier: Benennung des Dorfplatzes Alsdorf-Schauenberg;
Antrag des SPD Ortsverein Alsdorf-Schauenberg/Ost/Bettendorf vom 05.02.2013
Vorlage: 2013/0132/4.1
5. Illegal im Stadtgebiet aufgestellte Altkleider-Container
hier: Antrag der ABU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf vom 02.10.2012
Vorlage: 2012/0595
6. Entwurf des Stellenplanes 2013
Vorlage: 2013/0134/1.2
7. 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Alsdorf
Vorlage: 2013/0109/6.2
8. Anfragen und Mitteilungen
Vorlage: 2013/0004/1.1
9. Situation auf dem Mariadorfer Friedhof; hier: Antrag der ABU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf vom 10.03.2013
Vorlage: 2013/0155/6.1
10. Einnahmeerzielung durch die Vergabe von Namensrechten an öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen;
hier: Antrag der Alsdorfer Bürger Union vom 06.03.2013
Vorlage: 2013/0154/St1
11. Genehmigung einer Dienstreise
Vorlage: 2013/0226/St2

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**
Vorlage: 2013/0001

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders eröffnet gegen 17:00 Uhr die 17. Sitzung des Hauptausschusses des Rates der Stadt Alsdorf.

Er begrüßt

- die Mitglieder des Hauptausschusses, als Gäste die Herren Stv. Koerlings und Breuer, ABU-Fraktion, Herrn Stv. Goerenz, FDP-Fraktion, Herrn Stv. Nevelz, FWA-Fraktion,
- die anwesenden Zuhörer/innen und Vertreter der Presse,
- sowie die Mitarbeiter/innen der Verwaltung (Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen, Dez. I, Herrn Dezernenten Spaltner, Dez. II, Herrn Kämmerer Hafers, FB 5 – Finanzen, Herrn Assessor Hermanns, Stabsstelle 1 – Recht, Herrn Jordans und Frau Rietz, FG 1.1 – Büro des Rates, Herrn Krämer, FG 5.1 – Finanzen, Herrn Müller, FG 5.3 – Wirtschaftsförderung und Liegenschaften, Frau Beylich – städt. Rechnungsprüfungsamt, Frau Scheefe, FG 1.1 – Schriftführerin.

Er stellt fest, dass mit Einladung vom 06.03.2013 form- und fristgerecht zur heutigen Sitzung eingeladen wurde. Der Hauptausschuss ist beschlussfähig.

Hieran anschließend gibt Herr Bürgermeister Sonders folgende Informationen zu den Sitzungsunterlagen:

Öffentlicher Teil

Nachgereichte Sitzungsunterlagen:

TOP 8 Anfragen und Mitteilungen:
Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf vom 12.03.2013;
hier: Resterlös aus dem Verkauf des Eckgrundstückes Hoengener Straße/Hauptstraße

Darüber hinaus wird vorgeschlagen, die Tagesordnung im öffentlichen Teil der Sitzung um folgende Punkte zu **erweitern:**

TOP 9 Situation auf dem Mariadorfer Friedhof;
hier: Antrag der ABU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf vom 10.03.2013,

TOP 10 Einnahmeerzielung durch die Vergabe von Namensrechten an öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen;

hier: Antrag der ABU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf vom 06.03.2013,

TOP 11 Genehmigung einer Dienstreise
Vorlage: 2013/0226/St2.

Nichtöffentlicher Teil

Für den nichtöffentlichen Sitzungsteil werden nachfolgende **Erweiterungen** vorgeschlagen:

TOP 7 Soziale Stadt - Leerstands-/Geschäftsflächenmanagement;
hier: Auftragsvergabe an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die Städteregion Aachen,

TOP 8 Bewilligung von zwei beschränkt persönlichen Dienstbarkeiten zugunsten der EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH in Stolberg.

Richtigstellung:

TOP 1 Bericht der Verwaltung

Hinweis:

Auf Seite 1 / 4, TOP 3 – Bebauungsplan 295, muss es unter Sachstand heißen: „... Der Kaufpreis ist am 21.12.2012 bei der Stadtkasse eingegangen.“, nicht „Sparkasse“.

Änderungswünsche zur Tagesordnung seitens der Fraktionen liegen nicht vor.

Die Tagesordnung wird in der nun vorliegenden Fassung einstimmig angenommen.

Mündliche Anfragen werden nicht angemeldet.

Auf Nachfrage von Herrn Bürgermeister Sonders erklärt sich niemand zu einem der vorliegenden Tagesordnungspunkte für **befangen**.

zu 2 Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2013/0002/1.1

Herr Hans-Gerd Rügamer, Hauptstraße, Alsdorf;

hier: Beschädigter Gehweg vor dem Rathaus

Herr Rügamer weist darauf hin, dass sich die Gehwegplatten vor dem Rathaus gelockert und angehoben haben und somit ein erhöhtes Unfallrisiko bestehe.

Herr Bürgermeister Sonders bedankt sich für den Hinweis. Er werde die Angelegenheit schnellstmöglich an die GSG weiter leiten.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Schäden wurden zwischenzeitlich durch den Eigenbetrieb Technische Dienste behoben.

zu 3 Bericht der Verwaltung Vorlage: 2013/0003/1.1

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Hauptausschusses gefassten Beschlüsse sowie über noch nicht ausgeführte Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

zu 4 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) hier: Benennung des Dorfplatzes Alsdorf-Schaufenberg; Antrag des SPD Ortsverein Alsdorf-Schaufenberg/Ost/Bettendorf vom 05.02.2013 Vorlage: 2013/0132/4.1

Protokoll:

In vorbezeichneter Sache vertritt **Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion**, die Auffassung, dass es zu einer Namensnennung von Straßen und Plätzen grundsätzlich nur dann kommen sollte, wenn sich eine Person über das normale Maß einer parteipolitischen Tätigkeit hinaus einen Namen gemacht habe und von daher eine Namensbenennung gerechtfertigt wäre. Dies sei seiner Meinung nach in diesem Falle so nicht gegeben. Darüber hinaus gebe es seines Erachtens weitere Personen, die für eine Namensbenennung dieses Platzes ebenfalls in Frage kämen und seiner Ansicht nach noch besser dafür geeignet seien.

Er beantragt, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen.

Weiterhin führt er aus, sollte es dennoch zu dem Beschluss kommen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen, beantrage er, auch weitere Plätze und Straßen paritätisch zu benennen, so dass eine Proportionalität erreicht werde.

Für die **GRÜNE-Fraktion** schließt sich **Herr Stv. Heidenreich** im Wesentlichen den Ausführungen seines Vorredners an. Insbesondere sei in einem solchen Fall seines Erachtens eine Aussprache wichtig, bevor eine derartige Thematik in einen Ausschuss gebracht werde.

Er beantragt ebenfalls, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen.

Herr Stv. Plum, SPD-Fraktion, merkt an, eine Namensgebung sei grundsätzlich ein probates Mittel, einen Menschen in Erinnerung zu behalten. Der CDU-Fraktion sei es freigestellt, ebenfalls Vorschläge zu unterbreiten. Er bittet, dem Vorschlag zu folgen, die Angelegenheit im Ausschuss für Stadtentwicklung weiter zu beraten.

Als Antragsteller führt **Herr Stv. Steinbusch, SPD-Fraktion**, aus, Karl Logen habe als Stadtverordneter dafür gesorgt, dass dieser Platz keiner Bebauung mehr zugeführt wurde, sondern als Rasenfläche im Sinne eines Vereinsplatzes hergerichtet werden konnte. Der Antrag dafür sei seinerzeit vom SPD Ortsverein Alsdorf-Schauenberg eingebracht und von Karl Logen federführend verfolgt worden. Der Ortsverein sei ihm in diesem Sinne zu Dank verpflichtet. Zudem werde man im Stadtteil Schauenberg immer wieder von vielen Bürger/innen auf Karl Logen angesprochen, insbesondere auch deshalb, weil auch der größte Seniorenverein in Alsdorf-Schauenberg von ihm gegründet worden ist. Vor diesem Gesamthintergrund sei es seiner Meinung nach gerechtfertigt, diesen Platz nach Karl Logen zu benennen.

Herr Stv. Mortimer, ABU-Fraktion, schließt sich seinen Vorrednern dahingehend an, dass es notwendig sei, eine solche Sache vorzubespochen, bevor sie in einem Ausschuss diskutiert werde. Dies insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass es immer auch weitere Persönlichkeiten gebe, nach denen Straßen bzw. Plätze benannt werden könnten. Er spricht sich dafür aus, die Angelegenheit im Fachausschuss weiter zu verfolgen.

Abschließend fasst **Herr Bürgermeister Sonders** zusammen, grundsätzlich sei es gewiss richtig, Straße und Plätze auch nach Personen zu benennen. Jede Fraktion kenne sicherlich Persönlichkeiten, die sich in irgendeiner Weise verdient gemacht haben und für eine solche Maßnahme in Frage kämen. Es sei jedoch offensichtlich erforderlich, gemeinsam zu überlegen, wie mit Straßenbenennungen künftig umgegangen werden sollte. Er bitte deshalb, diese Thematik im Ausschuss für Stadtentwicklung einmal grundsätzlich zu beraten mit dem Ziel, für die Zukunft verbindliche Kriterien zu erarbeiten und einzuführen, an denen sich zukünftig jeder gleichermaßen orientieren könne.

Herr Bürgermeister Sonders lässt abstimmen über den Antrag von Herrn Stv. Brandt, CDU-Fraktion, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt lehnt den Antrag des Herrn Stv. Brandt, CDU-Fraktion, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen, mit Mehrheit (bei 5 Gegenstimmen) ab.

Hieran anschließend lässt der Bürgermeister über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt beschließt, die Angelegenheit zuständigkeits- halber an den Ausschuss für Stadtentwicklung zur weiteren Beratung und Beschlussfassung zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung).

zu 5 Illegal im Stadtgebiet aufgestellte Altkleider-Container
hier: Antrag der ABU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf vom 02.10.2012
Vorlage: 2012/0595

Protokoll:

In dieser Angelegenheit führt **Herr Stv. Breuer, ABU-Fraktion**, aus, der Beschlussvorschlag der Verwaltung verstoße seiner Ansicht nach gegen die Sondernutzungssatzung. Er vermisse die Darstellung der finanziellen Auswirkungen in der Hinsicht, dass Containern ohne Sondernutzungsrecht bzw. ohne Erlaubnis aufgestellt werden und dafür auch keine Gebühr entrichtet werde. Vor dem Hintergrund, dass beabsichtigt sei, Parkgebühren und Steuern zu erhöhen, sollten auch hier alle Möglichkeiten genutzt werden, Geld einzunehmen.

Hierzu erläutert **Herr Erster Beigeordneter Kahlen**, auf fast allen illegal aufgestellten Container befinde sich keine wahrheitsgetreue Adresse bzw. Telefonnummer, so dass die Aufsteller weder zur Beseitigung ihrer Container aufgefordert werden können, noch sei es möglich, einen Gebührenbescheid zuzustellen. Dies treffe auf ca. 90 % der Fälle zu. Seit Ende letzten Jahres gebe es infolge der Änderung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes jedoch eine neue Rechtslage, wodurch es möglich geworden sei, prüfen zu lassen, ob eine Altkleiderentsorgung durch die Regioentsorgung durchgeführt werden könne. Falls die Möglichkeit dafür gegeben sei, werde die Verwaltung eine Vorlage zur Thematik „Altkleidersammlung in Alsdorf“ zur Beratung vorlegen. Ziel sei es, die Problematik der illegal aufgestellten Container langfristig zu verbessern. Ein Weg könnte sein, eine Altkleidersammlung durch die Regioentsorgung zu organisieren. Dies solle dann ggf. mit den bereits angekündigten Elektroschrottcontainern verbunden werden. Bezüglich der Altkleider sei noch zu ermitteln, welche finanzielle „Entschädigung“ der Stadt Alsdorf dafür zu Gute käme.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt empfiehlt dem Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt beschließt den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2013 in der vorgelegten Fassung (Anlage zur Originalniederschrift).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (bei 2 Enthaltungen).

Protokoll

Zu dieser Thematik führt **Herr Erster Beigeordneter Kahlen** aus, dass die Gebühren für die Durchführung der Brandschauen in Alsdorf seit annähernd 10 Jahren nicht verändert worden seien, so dass sich hier nunmehr ein Defizit für die Stadt ergebe. Dies solle durch die Anhebung der Gebühr ausgeglichen werden. Die Grundlage für die neue Kalkulation sei die Neubewertung der Arbeitsplatzkosten durch die KGST. Herr Erster Beigeordneter Kahlen erläutert, wie sich die 49,00 Euro je angefangene geleistete Stunde ergeben. Für die Stadt sei mit der Erhöhung der Gebühr kein Gewinn verbunden, sondern es würden lediglich genau die tatsächlich anfallenden Kosten berechnet. Eine entsprechende Aufstellung könne auf Wunsch zugestellt werden.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, fragt nach der Höhe des Defizits.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen sagt zu, diese Angaben über die Niederschrift nachzureichen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Kostenstellen im Bereich Vorbeugender Brandschutz stellen sich für die Jahre 2011 u. 2012 wie folgt dar:

2011

- Ausgaben (Personalkosten) 46.440,18 €
- Einnahmen 3.604,30 €

2012

- Ausgaben 47.686,54 €
- Einnahmen 2.167,90 €.

Zahlreiche Leistungen des Brandschutztechnikers wurden in der Vergangenheit erbracht, ohne dass sie durch die Gebührensatzung abgedeckt waren und somit nicht in Rechnung gestellt werden konnten. Hierzu zählen

- Abnahme und Inbetriebnahme einer Brandmeldeanlage,
- Inbetriebnahme von Feuerwehrschränken,
- Inbetriebnahme von Feuerwehrschränkepots,
- Stellungnahmen für die Erstellung von Einsatzplänen,
- Anleiterproben an Objekten,
- Objektbesichtigungen auf Antrag der Eigentümer,
- Durchführung von Brandschutzschulungen,
- jährliche Kontrolle von Feuerwehrezufahrten gem. § 5 BauONW.

Im Übrigen werden im Bereich Vorbeugender Brandschutz künftig auch die Aufgaben einer Brandschutzdienststelle wahrgenommen, da jetzt die personellen Voraussetzungen vorliegen. Somit sind auch hier Mehreinnahmen zu erwarten.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt empfiehlt dem Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt beschließt die 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Alsdorf vom 31.10.2003 (Anlage der Originalniederschrift) mit Wirkung zum 01.05.2013.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Anmerkung der Verwaltung:

Nach Beratung und Beschlussfassung dieser Angelegenheit in der Sitzung des Rates der Stadt am 25.04.2013 hat sich herausgestellt, dass der Beschluss aus formalen Gründen neu zu fassen ist, da laut Beschlussentwurf die 1. Änderung der Satzung beschlossen werden sollte, während – im Widerspruch dazu – als Anlage eine komplette Neufassung der Satzung beigefügt war und somit Beschlussentwurf und Anlage nicht übereinstimmen.

zu 8 **Anfragen und Mitteilungen**
Vorlage: 2013/0004/1.1

Protokoll:

Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf vom 12.03.2013; hier: Resterlös aus dem Verkauf des Eckgrundstückes Hoengener Straße / Hauptstraße

Herr Dezernent Spaltner, Dezernat II, stellt zunächst den chronologischen Ablauf zur Entwicklung der Spielplatzsituation in Alsdorf-Busch wie folgt dar: Der ursprüngliche Antrag der CDU-Fraktion hierzu datiere vom 27.02.2012. Der Antrag habe dann am 06.03.2012 im Jugendhilfeausschuss (JHA) zur Tagessordnung gestanden und wurde dort an die Spielplatzkommission verwiesen. Die

Spielplatzkommission sei am 12.03.2012 vor Ort gewesen und habe vorgeschlagen, den vorhandenen Spielplatz an der Mittelstraße neu- bzw. umzugestalten und diese Maßnahme 2013 zu realisieren. Dieser Empfehlung sei der JHA durch Beschlussfassung am 02.10.2012 einstimmig gefolgt.

Zur Finanzierungsfrage führt anschließend **Herr Kämmerer Hafers** Folgendes aus: Im Kern der Anfrage gehe es um die Frage, wie der Restverkaufserlös der Fläche in Alsdorf-Schaufenberg verwendet worden ist. Diesbezüglich führt Herr Hafers aus, die Realisierung der Maßnahme am neuen Standort sei im Entwurf zunächst für 2014 vorgesehen gewesen. Auf Empfehlung des JHA sei sie auf 2012 vorgezogen worden. Die ursprüngliche Kostenschätzung habe bei rd. 70.000 Euro gelegen. Gegenüber diesem ursprünglichen Ansatz sei die Maßnahme in Zusammenarbeit mit der GSG Grund- und Stadtentwicklung für ca. 30.000 Euro realisiert worden, so dass am Ende des Jahres die nicht benötigten Mittel im Rahmen des „Gesamtdeckungsprinzips“ sozusagen „untergehen“. Eine Zweckbindung habe es nicht gegeben, deshalb auch keine Übertragung. Auch eine weitere Zurverfügungstellung sonstiger Verkaufserlöse habe nicht zur Debatte gestanden, zumal man im Haushalt von rd. 1,3 Mio. Verkaufserlös ausgegangen sei, jedoch lediglich ca. 900.000 Mio. einnehmen konnte, so dass sich ohnehin eine investive Unterdeckung von rd. 300.000 Euro ergeben habe. Eine grundsätzliche Einzelbindung von Verkaufserlösen, wie z.B. bei Fördergeldern, gebe es hier ohnehin nicht, sondern es erfolge lediglich eine haushalterische Darstellung auf der Grundlage eines Gesamtdeckungsprinzips.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, antwortet, hier sei seiner Meinung nach eine gute Chance vertan worden, auch am Standort in Alsdorf-Busch etwas zu tun. Der Spielplatz sei am jetzigen Standort vollkommen unmöglich und müsse aus seiner „Umklammerung“ heraus. Dies werde ihm auch von den Anwohnern immer wieder so gesagt. Der Spielplatz sei zu wenig einsehbar und sollte am besten so positioniert werden, wie der neue Spielplatz in Alsdorf-Schaufenberg.

Hierzu merkt **Herr Bürgermeister Sonders** an, dass die Verwaltung genau den Beschluss aus den Gremien umgesetzt habe.

Als Vorsitzender des JHA führt **Herr Stv. Robert, SPD-Fraktion, aus**, der Antrag auf Umstrukturierung des Platzes an der Mittelstraße sei bereits 2008 gestellt worden. Der JHA habe sich zwischenzeitlich gemeinsam mit der Spielplatzkommission inhaltlich mit der Gesamtsituation aller Spielplätze im Stadtgebiet auseinandergesetzt. Der Platz an der Mittelstraße solle dieses Jahr noch neu gestaltet werden. Die Einsichtbarkeit sei seiner Meinung nach gegeben. Er plädiere dafür, sich in dieser Angelegenheit an die Empfehlung der Spielplatzkommission und die Beschlüsse des JHA zu halten.

Herr Stv. Krichel, CDU-Fraktion, legt dar, er habe es seinerzeit so verstanden, dass die Verkaufserlöse aus der Fläche in Alsdorf-Schaufenberg an der Hauptstraße im „Topf“ der Spielplatzkommission bleiben. Die CDU habe bereits 2010 einen Antrag den Bolzplatz in Alsdorf-Warden betreffend gestellt und letztes Jahr noch einmal nachgefragt, ob man nicht von dem Verkaufserlös des Altstandortes an der Hauptstraße auch etwas für den Platz in Alsdorf-Warden verwenden könne, nachdem man erfahren habe, dass der Spielplatz in Alsdorf-Schaufenberg etwas günstiger erstellt werden konnte. Damit hätte man den Kindern im Stadtteil Warden auch helfen können. Nun sei durch den JHA im Dezember letzten Jahres festgelegt

worden, 2013 erst einmal alle Bolzplätze zu besichtigen. Zwischenzeitlich sei nun auch festgestellt worden, dass auch in Alsdorf-Warden etwas gemacht werden müsste. Seine Frage sei, warum es nicht möglich gewesen ist, von dem Verkaufserlös der Fläche an der Hauptstraße etwas für den Bolzplatz in Alsdorf-Warden zu verwenden. Nun sehe es so aus, dass am dortigen Bolzplatz wohl auch in diesem Jahr noch nichts getan werden könne, weil kein Geld zur Verfügung stehe.

Hierzu entgegnet **Herr Dezernent Spaltner**, es gebe eine eindeutige Beschlusslage dazu, zu welchem Zeitpunkt Maßnahmen an den Spiel- bzw. Bolzplätzen durchzuführen sind. Dazu sei im letzten JHA bereits angedeutet worden, dass man auch in diesem Jahr mit Verkaufserlösen rechne, die dann auch für diese Maßnahmen mit eingesetzt werden könnten.

Ergänzend erläutert **Herr Bürgermeister Sonders**, es sei zuerst wichtig gewesen, sich einen Gesamtüberblick über alle Spiel- und Bolzplätze zu verschaffen. Deshalb seien im Einklang mit den Gremien die Besichtigungen vorgenommen worden, um zu ermitteln, wo Missstände behoben werden müssen. Entsprechend der Beschlusslage würden diese Dinge nun entsprechend den Prioritäten mit und mit abgearbeitet je nachdem, wie Geld zur Verfügung stehe. Um dies voran zu bringen, habe der Rat der Stadt die Möglichkeit, im Rahmen der Haushaltsberatungen Mittel für die einzelnen Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung habe lediglich die Aufgabe umzusetzen, was in den Gremien beschlossen werde.

Auch die **SPD-Fraktion** habe sich bereits für den Bolzplatz im Stadtteil Warden eingesetzt, so **Herr Stv. F. Krämer**. Das Problem sei doch aber, dass zurzeit niemand exakt sagen könne, was die Sanierung kosten werde. Hierüber sei bisher immer nur spekuliert worden. Er erwarte nicht, dass dies mit ein paar tausend Euro zu machen sei. Diese Frage müsse geklärt sein, bevor damit an die Presse gegangen werde.

zu 9 **Situation auf dem Mariadorfer Friedhof; hier: Antrag der ABU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf vom 10.03.2013**
Vorlage: 2013/0155/6.1

Protokoll:

Zum Antrag der ABU-Fraktion nimmt **Herr Erster Beigeordneter Kahlen** Stellung. Es sei offensichtlich, dass die Situation auf dem Mariadorfer Friedhof nicht zufriedenstellend sei. In der letzten Sitzung des Rates der Stadt sei bereits über den Zustand der Trauerhalle debattiert worden. Seit gestern liege das Gutachten zum baulichen Zustand des Objektes vor. Diesbezüglich könne vorweg genommen werden, dass die Gutachter das Gebäude als erhaltenswert einschätzen. Die erste Kostenkalkulation lasse erkennen, dass die Ausgaben gegenüber der bisherigen Vermutung ggf. geringer ausfallen könnten. Dies müsse jedoch noch geprüft werden.

Die Entwässerung sei zugebenermaßen problematisch. Er könne jedoch seinerseits nicht beurteilen, ob der von der ABU-Fraktion vorgeschlagene Einbau einer Zisterne eine Lösung sei. Die Verwaltung möchte deshalb die Situation zuerst durch den Eigenbetrieb Technische Dienste untersuchen lassen und abwarten, welche Maßnahme unter Zugrundelegung einer Kosten/Nutzenanalyse seitens des Eigenbetriebes vorgeschlagen werde. Davon ausgehend sollte eine Vorlage in den Ausschuss für Stadtentwicklung eingebracht werden. Es müsse jedoch bereits jetzt darauf hingewiesen werden, dass aufgrund des nicht genehmigten Haushaltes eine konkrete bauliche Durchführung momentan noch nicht veranlasst werden könne, da es sich hierbei um eine freiwillige Leistung handelt. Zu den finanziellen Auswirkungen für beide Maßnahmen sei grundsätzlich zu sagen, dass die Verbesserung der Entwässerung den Gebührenzahler belasten und der Umbau der Trauerhalle den städtischen Haushalt im Bereich der freiwilligen Leistungen tangieren werde.

Zur Situation der Entwässerung führt **Herr Stv. Hennes, ABU-Fraktion**, aus, auf dem Friedhof seien zwei Gullies installiert worden, die jedoch nichts nützen, weil sie nicht an das Kanalsystem angeschlossen sind. Da ein Kanalanschluss wohl etwa 175.000 Euro koste, habe man vorgeschlagen, als preiswertere Lösung eine Zisterne einzulassen.

Herr Bürgermeister Sonders entgegnet, dass auch eine Zisterne ohne Zuleitung und Überlauf das Problem nicht wirklich beheben werde. Zudem sei auch dies nicht ganz billig. Er spricht sich dafür aus, die Fachkräfte vom Eigenbetrieb Technische Dienste eine Problemlösung erarbeiten zu lassen, die auf längere Zeit Bestand haben könne. Im Übrigen weist er noch einmal auf den Grundsatz hin, bei Beantragung von Maßnahmen, insbesondere, wenn sie über den Bereich der freiwilligen Leistungen finanziert werden müssen, auch einen praktikablen Finanzierungsvorschlag mit einzureichen.

Herr Stv. Brühl merkt an, die **FWA-Fraktion** habe bereits vor einigen Jahren darauf hingewiesen, dass ein Großteil der Beschädigungen der Wege wohl durch den Friedhofsgärtner verursacht worden sei. Die Wege seien lange Zeit mit zu großen Maschinen befahren worden. Er hoffe, dass nun geeignete Maßnahmen ergriffen werden können, die es möglich machen, den Mariadorfer Friedhof wieder problemlos zu begehen.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, spricht sich dafür aus, zu verfahren wie bereits vorgeschlagen und die Problematik sowie die Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation durch das Fachpersonal der Verwaltung prüfen zu lassen und eine beratungsreife Vorlage in den Ausschuss für Stadtentwicklung einzubringen.

Für die **SPD-Fraktion** schließt sich **Herr Stv. Loosz** dem Vorschlag an, die Prüfung durch den Eigenbetrieb Technische Dienste abzuwarten und die Angelegenheit anschließend im Ausschuss für Stadtentwicklung zu beraten.

Herr Stv. Hennes merkt zum Antrag der ABU-Fraktion erläuternd an, die Zisterne sei zunächst lediglich dafür gedacht, dass das Wasser wenigstens vom Weg ablaufen könne.

Auch **Herr Stv. Weber, REP-Fraktion**, spricht sich dafür aus, den Vorschlag zum Einbau einer Zisterne durch Fachpersonal prüfen zu lassen.

An Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen gewandt fragt er nach, ob den Fraktionen das Gutachten sowie ggf. weitere aktuell vorliegende Unterlagen zur Sanierung des Friedhofes weitergereicht werden könnten. Herr Erster Beigeordneter Kahlen sagt dies zu.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt beschließt, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen und verweist sie zuständigkeitshalber an den Ausschuss für Stadtentwicklung zur weiteren Beratung und Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**zu 10 Einnahmeerzielung durch die Vergabe von Namensrechten an öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen;
hier: Antrag der Alsdorfer Bürger Union vom 06.03.2013
Vorlage: 2013/0154/St1**

Protokoll:

Für die **ABU-Fraktion** legt **Herr Stv. Mortimer** dar, angesichts der Haushaltslage erscheine ihm die im Antrag vorgeschlagene Vergabe von Namensrechten an öffentlichen Einrichtungen, wie z.B. der Stadthalle oder dem Tierpark, als zusätzliche Einnahmequelle für die Stadt Alsdorf als geeignet. Seine Fraktion bitte deshalb um Prüfung der Idee.

Herr Bürgermeister Sonders antwortet, die Intention des Antrages sei natürlich positiv zu bewerten, er rate dennoch davon ab, da die Vergabe eines „Sponsorennamens“ nicht nur Einnahmen bringe, sondern auch mit Kosten verbunden sei. So müsse der neue Namen öffentlichkeitswirksam publik gemacht werden, so dass er von der Bevölkerung angenommen werde. Am diesbezüglichen Image der Stadthalle habe man über 20 Jahre lang gearbeitet, auch der Tierpark sei überall in der Region als „Tierpark Alsdorf“ bekannt. Zudem sei zu bedenken, dass alles wieder rückgängig gemacht werden müsse, wenn der Sponsorenvertrag auslaufe. Aus diesen Gründen halte er eine solche Maßnahme derzeit nicht für sinnvoll. Er empfehle deshalb, den Antrag zurzeit nicht weiter zu verfolgen. Vermutlich würde man auch nicht so hohe Beträge einnehmen, dass der Imageverlust, der anschließend wieder umgekehrt werden müsse, dadurch mindestens ausgeglichen werde. Sollte es sich jedoch ergeben, dass jemand bereit sei, einige tausend Euro zu investieren, könne die Angelegenheit gern noch einmal zur Tagesordnung gestellt werden. Ca. 50.000,00 bis 100.000,00 Euro würde eine Imagekampagne s. E. kosten. Im Moment sehe er da keine Chance. Jedoch würden bereits jetzt sowohl in der Stadthalle als auch im Tierpark alle Möglichkeiten für Werbeeinnahmen genutzt. Auch da gebe es noch Möglichkeiten für Sponsoren, sich einzubringen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt beschließt, diese Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (bei 2 Enthaltungen).

zu 11 Genehmigung einer Dienstreise
Vorlage: 2013/0226/St2

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt genehmigt folgende Dienstreise:

Ziel der Dienstreise:	Brunssum
Zeitpunkt:	19.04.2013
Zweck der Dienstreise:	Repräsentation der Stadt Alsdorf und des Partnerschaftskomitees anlässlich der „Brunssum Gala 2012/2013“
Teilnehmer:	Herr Stv. Hubert Hennes Herr Helmut Klein

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

gez. Sonders
Bürgermeister

gez. Scheefe
Schriftführerin